

Kriterienliste zur Prüfung und Standardisierung von Berichten der Arbeitsgremien

1	Allgemeine Angaben zum Bericht
1.1	Arbeitsgremium: LAI Ansprechperson/Tel.-Nr.: Jochen Hake / 04042840-2383 E-Mail: lai@bukea.hamburg.de
1.2	Bezeichnung des Berichts: LAI Vollzugshinweise „Immissionsschutz in der Gasmangellage“
1.3	Die Thematik des Berichts ist <input checked="" type="checkbox"/> neu <input type="checkbox"/> wegen sachlicher Änderungen neu erfasst
1.4	Kurze Zusammenfassung der Kernaussagen des Berichts: Die Vollzugshilfe bezieht sich auf Regelungen im Immissionsschutzrecht, Emissionsänderungen von Anlagen, die aus einem Brennstoffwechsel in der Gasmangellage resultieren, zuzulassen,

2	Notwendigkeit des Berichts
2.1	Warum wurde der Bericht erstellt / (Ziel): In Deutschland herrscht – wegen des völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands – eine außergewöhnliche, sich zunehmend verschärfende Gasmangellage. Durch Artikel 3 des Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetzes vom 8. Juli 2022 sind mit Wirkung vom 12. Juli 2022 die §§ 31a bis 31d in das BImSchG eingefügt worden. Damit wird es, im Einklang mit EU-Recht, möglich, Emissionsänderungen von Anlagen, die aus einem Brennstoffwechsel in der Gasmangellage resultieren, über ein neues Verfahren sui generis zuzulassen. Zur Gewährleistung eines bundeseinheitlichen Vollzugs und zur Klärung bestehender Zweifelsfragen wurde auf der 154. Sitzung des Ausschusses Anlagenbezogener Immissionsschutz / Störfallvorsorge (AISV) der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) am 19. Juli 2022 eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Immissionsschutz in der Gasmangellage“ eingesetzt, in der auch Mitglieder des Ausschusses Rechtsfragen, Umsetzung und Vollzug (RUV) vertreten waren. Die vorliegende Vollzugshilfe ist im Wesentlichen eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Ad-hoc-Arbeitsgruppe. Der RUV und AISV haben mit einigen Änderungswünschen parallel der Vollzugshilfe zugestimmt. Die Änderungswünsche wurden von BMUV, - in der Absicht keine Widersprüche zu erzeugen-, eingearbeitet. Die Vollzugshilfe bezieht sich zum Teil schon auf Regelungen, die aktuell noch in den Rechtssetzungsverfahren sind, damit diese dann auch vom Vollzug sofort umgesetzt werden können.
2.2	Auswirkungen und Relevanz für die Länder und den Bund: hoch
2.3	Ergebnis bzw. Beschlussvorschlag:

17:0:0

3	Analyse von Konfliktpotenzial	
	Durch den Beschluss betroffene Gruppen und Auswirkungen	
	(bitte betroffene Gruppe angeben)	(Bitte Gruppierungen bzw. Bereiche angeben, bei denen der Beschluss Restriktionen zur Folge hat)
	Bund	
	Länder	
	Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)	
	Bürgerinnen und Bürger	
	Sonstige	

4	Kostenfolgenabschätzung						
4.1	Welche Kosten werden bei Beschluss der Ergebnisse verursacht? (Bitte einmalige Kosten mit Zusatz A, wiederkehrende Kosten mit Zusatz B angeben)						
	(bitte betroffene Gruppe angeben)	Personal-kosten	A	B	Sachkosten (incl. Verfahrenskosten)	A	B
	Bund						
	Länder						
	Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)						
	Bürgerinnen und Bürger						
	sonstige						
Falls die Kosten nicht angegeben werden können, bitte erläutern: -							
4.2	Wurde eine Kosten-/Nutzenanalyse angestellt und Einsparungsmöglichkeiten geprüft? (bitte Ergebnis darstellen) nein						

5	Alternativen
5.1	Welche Auswirkungen hätte ein Verzicht des vorgeschlagenen Beschlusses: Kein schneller bundeseinheitlicher Vollzug
5.2	Welche Alternativen bestehen und/oder wurden geprüft: -